

Forderungen für eine gelingende Fachkräfte- sicherung in Thüringen

Positionen der Vollversammlung
der IHK Erfurt

Auf einen Blick

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes Thüringen ist angesichts des Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials akut gefährdet. Deshalb ist es zwingend notwendig, die Fachkräftepotenziale zukünftig noch stärker zu erschließen. Das erfordert zum einen vielfältige Strategien zur Gewinnung in- und ausländischer Arbeits- und Fachkräfte sowie zum anderen eine bessere Erschließung und Bindung heimischer Fachkräftepotenziale.

Der „Ausschuss Fachkräftesicherung“ der IHK Erfurt hat zu dieser Herausforderung vier wesentliche Anknüpfungspunkte für eine gelingende Fachkräftesicherung in Thüringen diskutiert und daraus nachstehende Forderungen abgeleitet:

1. Optimale Vorbereitung von Schülern auf das Berufsleben in Industrie, Handel und Dienstleistung

Unsere Positionen:

- **Ausbildungsstartkompetenz gewährleisten:** Um junge Menschen optimal auf das Berufsleben vorzubereiten, müssen vorrangig bestehende Mängel des Bildungswesens wie Engpässe beim Lehrpersonal, Unterrichtsausfall und nicht vergebene Noten beseitigt sowie die Anzahl an Schulabgängern ohne Schulabschluss reduziert werden. Zudem könnte durch das gemeinsame Lernen bis zur 8. Klasse und dem Ausbau von Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen eine Verbesserung der Situation erreicht werden. Weiterhin bedarf es einer Stärkung von MINT-, Digital- und Medienkompetenz im Curriculum.
- **Bedarfsgerechte Berufsorientierung ausbauen:** In allen Schulformen muss eine frühzeitige Berufsorientierung als wichtiger Baustein im Unterricht aufgenommen werden. Projekte, die auf eine stärkere Zusammenarbeit von Unternehmen, Schulen und Schülern setzen, wie z.B. im Rahmen der IHK-Projekte „Praxiskoordinatoren“ und „Passgenaue Besetzung“, müssen verstetigt werden und die vielfältigen Maßnahmen transparent für Schüler und Eltern zugänglich sein.
- **Praktikumsprämie für alle Berufe:** Praktika in Unternehmen erleichtern die Berufswahl und eignen sich ideal zum gegenseitigen Kennenlernen und Erproben. Daher sollten auch freiwillige Praktika außerhalb der Schulzeit attraktiver werden. Finanzielle Anreize durch Praktikumsprämien, wie sie für das Handwerk eingeführt wurden, müssen schnellstmöglich auf alle Berufsbereiche und Branchen ausgeweitet werden.

Stimme der Wirtschaft

”

„Der Fachkräftemangel betrifft nahezu alle Branchen und Berufsgruppen. Vielen Ausbildungsbetrieben fällt es schwer, ihre Stellen zu besetzen. Freiwillige und verpflichtende Praktika in Unternehmen sind ein sinnvolles Instrument, damit Schüler und Betriebe sich frühzeitig kennenlernen und ausprobieren können. Daher halte ich die Ausweitung der kürzlich durch die Landespolitik initiierten Praktikumsprämie auf alle Berufsbilder für unabdingbar. Sie wäre ein wichtiger Baustein, um die Berufsorientierung für alle Branchen attraktiver zu gestalten und die Duale Ausbildung in Gänze bei den Jugendlichen zu bewerben.“

Frank Belkner,
Geschäftsführer ERFURT Bildungszentrum
gGmbH, Mitglied der IHK-Vollversammlung
und Vorsitzender des IHK-Ausschusses Fach-
kräftesicherung.

- **Erlebte Wirtschaft in Schule bringen:** Das Verständnis für Wirtschaftsabläufe und Unternehmertum sollte fächerübergreifend stärker in die Lehrpläne integriert werden, um Existenzgründungen und Unternehmertum als wertvolle Alternative zu einer abhängigen Beschäftigung aufzuzeigen.
- **Thüringer Karrierewege aufzeigen:** Neben Regelschulen sollten auch an Gymnasien und unter Studienabbrechern an Hochschulen die Duale Ausbildung und die Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung durch Angebote der höheren Berufsbildung als Alternative zum regulären Studium stärker beworben werden.

2. Steigerung der Attraktivität der Dualen Ausbildung und Höheren Berufsbildung als Aufstiegschance

Unsere Positionen:

- **Qualität der berufsschulischen Ausbildung absichern:** Das Thüringer Berufsschulnetz muss bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Neben einer besseren Vernetzung von Berufsschulen und Bildungsträgern sowie der Erhöhung des Lehrpersonals durch Quereinsteiger, sollten auch neue Lernformen wie z.B. hybrider Unterricht als Möglichkeit eingesetzt werden. Eine wohn- bzw. ausbildungsortnahe Beschulung sollte vorrangig forciert werden.
- **IT-Infrastruktur und digitale Kompetenzen ausbauen:** Die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert ein frühzeitiges Erlernen digitaler Kompetenzen bereits ab der Sekundarstufe. Flankierend dazu ist die IT-Infrastruktur an Schulen auszubauen. Digitale Lernformen sind stärker zu fördern, das Lehrpersonal für neue didaktische Konzepte zu qualifizieren.
- **Standortbedingungen für Auszubildende verbessern:** Für Auszubildende, bei denen weite Entfernungen zwischen Wohn- und Berufsschulort bestehen, müssen sichere Unterbringungsmöglichkeiten sowie eine Förderung der Übernachtungskosten gewährleistet werden. Die Entscheidungsverfahren zur Wahl des Berufsschulstandortes müssen unbürokratisch und schnell geregelt werden, insbesondere bei Gastschulanträgen.
- **Gesellschaftliche Anerkennung und Förderung der Höheren Berufsbildung absichern:** Die Landespolitik sollte dafür Sorge tragen, dass die Gleichwertigkeit von Höherer Berufsbildung und Studium stärker anerkannt und der Bekanntheitsgrad der Angebote gesteigert wird. Um Anreize zu setzen, sollten die Kosten der Höheren Berufsbildung komplett erstattet werden.
- **Selbstbestimmung der Schulen stärken:** Die Berufsschulen sollten neben einer bedarfsgerechten Finanzierung mehr Entscheidungsspielräume und eigene Budgets erhalten für die Planung von Lehr- und Lerneinheiten, Investitionen und die Anschaffung von Lehr- und Lernausrüstung.

Stimme der Wirtschaft



„Das Prinzip „Leistung lohnt sich“ darf als Grundkonsens unserer Leistungsgesellschaft nicht weiter erodieren. Die Aufnahme einer Berufstätigkeit oder einer Ausbildung muss sich zwingend gegenüber dem Bezug von Transferleistungen lohnen und einen tatsächlichen Anreiz darstellen. Erwerbstätige und junge Menschen in Ausbildung tragen wesentlich zur Sicherung der unternehmerischen Existenzen und somit zum Wohlstand in unserem Land bei.“

*Katrin Katzung,
Geschäftsführerin Ingenieurbüro Katzung
GmbH, IHK-Vizepräsidentin und stellvertretende Vorsitzende des IHK-Ausschusses
Fachkräftesicherung.*

3. Steigerung der Beschäftigung von heimischen und arbeitsfähigen Menschen

Unsere Positionen:

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken:** Zur Erhöhung des Beschäftigungsumfangs von Mitarbeitern mit familiären Verpflichtungen braucht es weiterhin flächendeckende Angebote zur Betreuung von (Klein-)Kindern, Schülern und zu pflegenden Angehörigen unter erschwinglichen Kosten. So kann dem Wunsch vieler Teilzeitarbeitskräfte, freiwillig mehr Stunden zu arbeiten, entsprochen werden.
- **Beschäftigungspotenziale älterer Arbeitnehmer erschließen:** Zunehmend mehr Arbeitnehmer entscheiden sich freiwillig dazu, nach dem Erreichen ihrer Regelaltersgrenze in einem begrenzten Stundenumfang weiterzuarbeiten. Die Landespolitik sollte sich dafür einsetzen, dieses Potenzial durch gezielte Anreize wie die Ausweitung der Zuverdienstmöglichkeiten und damit des Beschäftigungsumfangs zu erhöhen.
- **Berufliche Integration fördern und Beschäftigungsanreize setzen:** Neben einer Erhaltung des Prinzips „Fördern und Fordern“ bedarf es einer engen Begleitung bei der beruflichen Integration sowie insbesondere einer Steigerung der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung. Die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung sollte sich zwingend gegenüber dem Bezug von Transferleistungen lohnen. In Fällen, in denen nur geringfügige Beschäftigungsmöglichkeiten aufgrund persönlicher Umstände möglich sind, sollten die Anreize durch Ausweitung der Zuverdienstmöglichkeiten erhöht werden. Die von der Bundesregierung geplanten Änderungen beim Bürgergeld mit dem Ziel, Arbeitsanreize zu stärken, Mitwirkungspflichten zu erhöhen und Schwarzarbeit zu bekämpfen, gehen in die richtige Richtung.

4. Verbesserung der Anwerbung, Zuwanderung und Integration von ausländischen Arbeits- und Fachkräften

Unsere Positionen:

- **Standortimage verbessern:** Die Landespolitik muss dafür Sorge tragen, dass sie in ihrem Handeln und ihrer Kommunikation stets ein positives Standortimage sowie Weltoffenheit betonen. Darüber hinaus sollten die Standortfaktoren, wie gleichwertige Bedingungen in urbanen und ländlichen Räumen, durch Modernisierung der Infrastruktur, Verbesserung der Mobilität, bezahlbaren Wohnraum etc. verbessert werden.
- **Wirksamkeit überprüfen:** Es ist notwendig, die zahlreichen Anwerber-Projekte auf den Prüfstand zu stellen und auf ihre Wirksamkeit und die Einhaltung notwendiger Qualitätskriterien bei der Anwerbung zu überprüfen. Anstelle von politisch initiierten aufwandsintensiven Großprojekten, wie die German Professional School (GPS), sollten bewährte Strukturen und Projekte gestärkt werden. Insbesondere konkrete unternehmensnahe Anwerbeinitiativen in Drittländern sollten forciert werden, da sich diese mit Blick auf die Nachhaltigkeit schon in der Vergangenheit als erfolgreich erwiesen haben. Bestehende Doppelstrukturen sind abzubauen.
- **Zeitarbeit erweitern:** Die Öffnung der Zeitarbeit für Zuwanderer aus Drittstaaten ist nur auf eine kleine Gruppe beschränkt, soll kontingentiert werden und dürfte weitere Bürokratie verursachen. Es sollte stattdessen eine grundsätzliche Öffnung der Zeitarbeit geben.

Stimme der Wirtschaft



„Im Frühjahr 2024 konnte ich mir als Teil einer Delegation der IHK Erfurt in Zentral-Ostasien ein genaues Bild von den Anwerbeprojekten machen, die in Kooperation mit der FAV Service gGmbH durchgeführt werden. Ich konnte Kooperationspartner und potenzielle Azubis persönlich kennenlernen. Derartige Anwerbeprojekte helfen insbesondere klein- und mittelständischen Unternehmen Fachkräftenachwuchs im Ausland zu gewinnen. Das Projekt „Förderung der beruflichen Integration ausländischer Fach- und Arbeitskräfte“ (FIF) der Thüringer Kammern sorgt zudem dafür, dass Migranten, die sich bereits in Thüringen befinden, in Unternehmen vermittelt und bei der Integration unterstützt werden. Solche Angebote müssen weiterhin finanziell abgesichert werden.“

Ulrich Schlegel,
Inhaber Dämmstoffhandel Nordhausen Ulrich Schlegel e.Kfm., Vizepräsident der IHK Erfurt und Mitglied im IHK Ausschuss Fachkräftesicherung.

- **Beschleunigte Migration:** Eine zentrale Ausländerbehörde soll die Anwerbung und Beschäftigung von Fachkräften effizienter gestalten und als Erstkontakt potenzieller Zuwanderer zu Thüringer Behörden kundenfreundlich, dienstleistungsorientiert und mit raschen Verfahren agieren. Sie muss zeitnah geschaffen werden.
- **Integration nachhaltig fördern:** Unternehmen müssen stärker bei der Integration und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt werden, indem u. a. ausreichend berufsbegleitende Sprachkurse und Weiter-/Fortbildungsangebote für Migranten zur Verfügung gestellt werden.
- **Bürokratische Hemmnisse nachweislich abbauen:** Ausländische Beschäftigte und deren Arbeitgeber sehen sich mit zahlreichen Barrieren konfrontiert, insbesondere bürokratischer und rechtlicher Natur. Ein Beispiel ist die nach wie vor fehlende Anerkennung ausländischer Fahrerlaubnisse. Mit dem Verlust der Gültigkeit der Fahrerlaubnis nach sechs Monaten aufgrund einer EU-Regelung wird die Mobilität und Einsatzfähigkeit der Zuwanderer deutlich eingeschränkt.

Erfurt, 11. Dezember 2024

Gut zu wissen

Die IHK Erfurt bietet ihren Mitgliedsunternehmen ein großes Serviceangebot an Informationen und Leistungen an, um sich strategisch auf den Fachkräftemangel vorzubereiten und rechtzeitig die passenden Maßnahmen zu ergreifen. Umfassende Informationen sind auf der Website der IHK Erfurt zu finden:

<https://www.ihk.de/erfurt/fachkraefte>



Ansprechpartner:

Markus Becherer

 0361 3484-266

 becherer@erfurt.ihk.de

 [ihk.de/erfurt](https://www.ihk.de/erfurt)

 [/company/ihkerfurt](https://www.linkedin.com/company/ihkerfurt)

 [ihk.de/erfurt/newsletter](https://www.ihk.de/erfurt/newsletter)

 [@ihkerfurt](https://www.instagram.com/ihkerfurt)